

# Das Parlament der Republik Österreich

Das Parlament ist das Organ der staatlichen Willensbindung. Es ist ein zentrales Organ im modernen politischen System der parlamentarischen Demokratie. Das Parlament in Österreich besteht aus zwei Kammern: aus dem Nationalrat und aus dem Bundesrat. Die beiden Organe sind in ihren Funktionen unabhängig.

Der Nationalrat ist ein direkt vom Bundesvolk gewähltes Organ. Die Hauptaufgabe des Nationalrates besteht in der Beratung und Beschlussfassung über die Bundesgesetze, der Beteiligung an der Vollziehung von manchen Staatsverträgen durch Zustimmung und Genehmigungsrechte und die Kontrolle gegenüber der Bundesregierung in der Form von Interpellationen oder dem Misstrauensvotum<sup>1</sup>. Die wichtigste Aufgabe des Nationalrates ist der Beschluss von Bundesgesetzen bei der Anwesenheit von mindestens einem Drittel aller Abgeordneten (sog. Präsenzquorum) mit einfacher Mehrheit und das Recht auf Gesetzinitiativen. In der Wirklichkeit geht die Mehrheit von Gesetzinitiativen von der Regierung aus, jedoch verfügt der Nationalrat über das Recht, durch eine schriftliche oder dringliche Anfrage, die Arbeit der Regierung ständig zu prüfen. Der Nationalrat ist auch ein Forum, auf dem unterschiedliche Parteien ihr eigenes Programm darstellen können. Auf Grund des Prinzips der Bürgernähe sind die Sitzungen dieser Parteien für das Publikum geöffnet.

---

<sup>1</sup> *Das österreichische Parlament*, herausgegeben von der Parlamentsdirektion, Wien 1997, S. 45.

Zum Nationalrat werden 183 Abgeordnete nach den Grundsätzen des gleichen, unmittelbaren, persönlichen, freien und geheimen Wahlrechtes gewählt. Es ist keine Wahlpflicht in Österreich vorgesehen. Die Wahlberechtigten sind alle österreichische Staatsbürger und Staatsbürgerinnen, die nach Art. 26 des Bundesverfassungsgesetzes am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben. Das wichtigste Prinzip in den Wahlen ist die Gleichheit der Stimmen, was bedeutet, dass niemandem auf Grund höherer Steuerleistung oder mehrerer Wohnsitze mehrere Stimmen zuerkannt werden<sup>2</sup>.

Die Hauptaufgabe der Abgeordneten im Nationalrat ist mit dem Gesetzgebungsprozess (Vorbereitung, Einbringung und Beschlussfassung der Gesetze) und mit der Kontrolle der Regierung verbunden. Daneben nehmen die Abgeordneten an vielen internationalen Aktivitäten des Parlaments teil. Ganz große Bedeutung in ihrer Tätigkeit hat das sog. Rollenverständnis – im eigenen Wahlkreis in Kontakt mit der Bevölkerung stehen.

Die zweite Kammer im Parlament ist der Bundesrat. Ihre Mitglieder werden nicht in den unmittelbaren Wahlen gewählt, sondern sind direkt von den Landtagen nach dem Stärkeverhältnis der Parteien im jeweiligen Landtag entsandt. Die Zahl der Vertreter des Bundeslandes ist von der Bürgerzahl abhängig. Das größte Land entsendet zwölf, das kleinste wenigstens drei Mitglieder. Die Grundsätze der Bildung der Zusammensetzung des Bundesrates bedeuten, dass die Mitgliederzahl des Bundesrates unbeständig ist. Die Teilerneuerung ist mit den Landtagswahlen verbunden, die nicht an einen Termin abgehalten werden. Dem Bundesrat gehört die Kontrolle der Gesetzinitiative des Nationalrates an<sup>3</sup>. Der Bundesrat ist im Gesetzgebungsprozess ein bestätigendes und verwerfendes Organ, das ein suspensives Veto gegenüber den Beschlüssen des Nationalrates hat. Das absolute Veto ist für Beschlüsse vorgesehen, die eigene Kompetenzen des Bundesrates und die Angelegenheiten der Länder betreffen. Jedoch spielt der Bundesrat in der Wirklichkeit im Gesetzgebungsprozess eine ganz geringe Rolle. Das Veto des Bundesrates hat nur eine aufschiebende Wirkung (sog. aufschiebendes Veto), da der

---

<sup>2</sup> *Ibidem*, S. 57.

<sup>3</sup> Gemäß Art. 42 Abs. 5 B-VG hat der Bundesrat kein Mitwirkungsrecht bei Gesetzen, die einen der folgenden Punkte betreffen: Änderung der Geschäftsordnung des Nationalrates, Auflösung des Nationalrates (vorzeitige Beendigung der Gesetzgebungsperiode), Finanzgesetzgebung (betreffend den Bundeshaushalt u.ä.).

Nationalrat den Beschluss mit einfacher Mehrheit wieder fassen kann. Die Verhandlungen des Bundestages finden permanent statt.

Alle Beschlüsse werden im Parlament nach dem Mehrheitsprinzip getroffen. Vor den Entscheidungen führen die Politiker eine Diskussion, hauptsächlich in den parlamentarischen Ausschüssen. An den Sitzungen der Ausschüsse nehmen eingeladene Experten teil. Die Experten sind außerhalb des Parlaments arbeitende Personen<sup>4</sup>. In den Ausschusssitzungen treffen sich die Mitglieder einer Partei, die sich mit der entsprechenden Problematik beschäftigen. Solche „fachorientierten“ Ausschüsse garantieren eine gute Qualität der getroffenen Beschlüsse, Empfehlungen und Abschlussberichte<sup>5</sup>.

Nach Art.38 des Bundesverfassungsgesetzes ist auch eine spezielle Versammlung des Nationalrates und des Bundesrates als Bundesversammlung vorgesehen. Die Bundesversammlung ist eine gemeinsame öffentliche Sitzung zur Angelobung des Bundespräsidenten oder zur Beschlussfassung oder zum Beschluss einer Kriegserklärung.

## Bürgernähe in Österreich

In demokratischen Ländern gibt es viele Formen der Bürgerpartizipation in der Politik<sup>6</sup>. In Österreich haben die Bürger die Möglichkeit durch eine Bürgerinitiative, Petitionen, Volksabstimmungen, Volksbefragungen und Volksbegehren auf die Gesetzgebung Einfluss zu nehmen. Die Bürgerinitiative ist ein Akt des Zusammenschlusses der Bürger, der für seine Gültigkeit mindestens 500 Unterschriften verlangt. Durch Bürgerinitiativen können die Bürger bestimmte Änderungen entwickeln oder Änderungen vermeiden<sup>7</sup>. Im Unterschied dazu ist bei Petitionen keine

---

4 z.B. in verschiedenen Organisationen und Institutionen.

5 Möglich ist eine Zusammenarbeit mit der anderen Partei im Rahmen des Ausschusses, wenn die beiden Parteien den gleichen Vorschlag zur Änderung des Gesetzes fordern. Das findet in der Weise statt, dass außer der Debatte im Parlament, eine Partei durch einen Vertreter den Vorschlag der Änderungen der anderen Partei darstellt. Dann wartet man darauf, wie der Ausschuss der anderen Partei über diese Änderungen entscheiden wird.

6 <http://www.bertelsmann-stiftung.de>, [20.08.2012].

7 Besonders populär sind in Österreich lokale Bürgerinitiativen z.B. für Spielplätze, Bauprojekte oder verkehrspolitische Verbesserungen.

Mindestzahl von Unterzeichnern vorgesehen. Jedes Mitglied des Nationalrates, sowie des Bundesrates kann eine Petition der jeweiligen Kammer unterbreiten. Das Volksbegehren verlangt zumindest 1.000.000 Unterschriften der Stimmberechtigten oder ein Sechstel der Stimmberechtigten dreier Länder. Ein solcher Antrag ist dann zwingend Gegenstand der Verhandlungen im Nationalrat und hat bei der Festlegung der Tagesordnung Vorrang. Jedoch inhaltlich bindend ist das Volksbegehren für den Gesetzgeber nicht, was bedeutet, dass über ein Million Bürger für ein Volksbegehren unterschreiben können und trotzdem nichts für ihre Idee gewinnen. Eine andere Form – die Volksabstimmung – ist ein Referendum mit einem rechtlichen bindenden Ergebnis. Um eine Volksabstimmung zu organisieren braucht man entweder den Beschluss des Nationalrates oder den Vorschlag der Mehrheit der Abgeordneten. Meistens wird die Volksabstimmung während des laufenden Gesetzgebungsverfahrens organisiert, nach dem Beschluss des Nationalrates, aber vor der Beurkundung durch den Bundespräsidenten. In zwei Fällen gibt es aber die Pflicht eine Volksabstimmung zu organisieren: nach Art. 60 Abs.6 B-VG, wenn der Bundespräsident vor Ablauf seiner regulären Amtszeit abgesetzt werden soll und gemäß Art. 44 Abs.3 B-VG bei einer Gesamtänderung der Bundesverfassung. Eine andere Möglichkeit der Teilnahme der Bürger am Gesetzgebungsprozess ist eine Volksbefragung. Die Volksbefragung ist ein Referendum, dessen Ergebnis keine bindende Wirkung hat. Sie dient nur zur Erforschung der Einstellung der Bevölkerung bezüglich der Fragen von grundsätzlicher und gesamtösterreichischer Bedeutung. Die Volksbefragung wird noch vor dem Gesetzgebungsverfahren eingeleitet. Für die Bürger ist in ihr nur die Frage nach „ja“, oder „nein“ vorgesehen. Eine weitere Maßnahme der Bürger zur Beeinflussung des Rechts ist die Möglichkeit sich wegen Missständen in der Verwaltung des Bundes zu beschweren, sofern der Bürger davon unmittelbar betroffen ist und ihm ein Rechtsmittel nicht oder nicht mehr gegen eine behördliche Entscheidung zur Verfügung steht. Die Volksanwaltschaft legt dann dem Nationalrat und dem Bundesrat jährlich einen Bericht vor<sup>8</sup>.

Eine andere Einrichtung, durch die die Bürger Einfluss auf die Politik haben können, ist das Internet, sog. *E-democracy*<sup>9</sup>. Das Österreichische

---

<sup>8</sup> <http://www.parlinkom.gv.at>, [20.08.2012].

<sup>9</sup> <http://www.bertelsmann-stiftung.de>, [20.08.2012].

Parlament ist ein führendes Parlament in der elektronischen Gesetzgebung<sup>10</sup>, nicht nur in Europa, sondern auch das weltweit beste Parlament<sup>11</sup>.

Außer den genannten rechtlichen Mitteln, ermöglichen die österreichischen Politiker jedem den Besuch des Nationalrates und Bundesrates. Diese regelmäßigen Besuche von Gruppen sind eine sehr wichtige Maßnahme, da sie den Politikern und dem Volk den Austausch von Meinungen erlaubt. Allein im Jahr 2009 wurde das Parlament von 139.474 Personen besucht<sup>12</sup>. Erforderlich bei dem Besuch ist eine kostenlose Eintrittskarte und ein amtlicher Lichtbildausweis<sup>13</sup>.

Außerdem gibt es einmal im Jahr, am 26. Oktober dem Nationalfeiertag, einen Tag der offenen Tür des Parlaments. Am diesen Tag kann jeder, unabhängig von der Staatsangehörigkeit das Parlament besuchen.

---

10 Durch das Internet können die Bürger sich über Regierungsvorschläge informieren, sowie auch Fragen an die Politiker während der parlamentarischen Debatte stellen. Die Bundesgesetze im elektronischen Rechtsinformationssystem sind seit 1. Januar 2004 authentisch und rechtsverbindlich, wie bisher die gedruckten Gesetzblätter. Die Veröffentlichung von Gesetzen im Internet ist für vier Millionen Bürger in Österreich, die einen ständigen Anschluss zum Internet haben, kostenlos zugänglich. Die E-Verbindung erlaubt auch auf die Einsparung von Papierkosten, wie auch von Druckkosten (60 Millionen Tonen Papier jährlich), da der Zugang zum Internet für jeden Politiker vorgesehen ist, was dazu führt, dass alle Regierungsvorschläge, Anträge, Abänderungen und Zusatzanträge, Berichte, dringliche Anfragen, stenografische Protokolle, für die Mitglieder des Parlaments im Internet zu finden sind, anstatt diese auszudrucken.

11 Republik Österreich, Parlamentsdirektion, L1.5-Kompetenzzentrum, Dr. Engeljehring, Das Projekt E-Recht in Österreich, Eine Erfolgstory, Wien 12, April 2006, S. 19.

12 *Der Dialog mit der Öffentlichkeit in Zahlen*, Jahresbericht 2009, Republik Österreich, Nationalrat, Parlament, S. 39.

13 Die einzige Beschränkung für den Besuch ist die Altersgrenze. Für den Zutritt gilt für ein Mindestalter von 10 Jahren. Dabei dürfen Personen unter 14 Jahre das Parlament nur in Begleitung eines erwachsenen Betreuers besuchen. Der Besuch des Parlaments ist möglich für einzelne Personen, die die Eintrittskarte schon bei den Publikumszugängen enthalten können. Bei Gruppen über fünf Personen ist eine Anmeldung erforderlich. Es ist auch im Österreichischen Parlament möglich sich für eine gewünschte Sitzung anmelden. Es ist immer besser sich vorher anmelden, da wenn eine Gruppe das Parlament besucht, die parlamentarischen Mitarbeiter von den Politikern und der Geschichte des Parlaments erzählen. Sie zeigen alle Säle im Parlament und geben Informationen bezüglich der Entwicklung des Parlaments und des politischen Systems in Österreich. Am Ende eines Treffens wird die Gruppe in einen Saal geführt, in dem direkte Fragen an die Politiker gestellt werden können.

In den parlamentarischen Sälen erwarten die Besucher die Politiker aller Parteien, die immer bereit sind auf die Fragen der Menschen zu antworten<sup>14</sup>. Die Menschen können auch das prächtige Innere des Parlamentsgebäudes besichtigen.

## Der österreichische Politiker

Ein typischer Abgeordneter des österreichischen Parlaments ist sehr beschäftigt. Sein Kalender ist über gesamte Amtszeit vollgefüllt. Zu den Pflichten eines Abgeordneten gehört die Teilnahme an Plenarsitzungen der Kammer und an Sitzungen der Ausschüsse. Daneben hat er jeden Tag viele Treffen. Er besucht verschiedene Institutionen und eröffnet Konferenzen und Seminare. Große Bedeutung für die Karriere der Politiker haben Pressekonzferenzen und Interviews. „Die Politiker wollen von Journalisten so dargestellt werden, wie es ihren Idealvorstellungen entspricht. Aufgabe der Journalisten ist es dagegen, die Politiker so darstellen wie sie sind“<sup>15</sup>.

Jeder Politiker braucht auf Grund seiner unbezahlten Pflichten Mitarbeiter, die sich für die Politik interessieren und das Büro führen können. Ein in Österreich aktuell besprochenes Problem ist mit der Übergabe von Geschenken verbunden. Es wird die Frage gestellt, ob Politiker das Recht haben, diese manchmal hochwertigen Geschenke behalten zu dürfen oder ob sie diese Geschenke abgeben sollten, da sie diese nicht als Gäste, sondern als Vertreter des Parlaments bekommen<sup>16</sup>. Man muss

---

<sup>14</sup> In dem Saal warten auf die Besucher die Politiker aller Parteien, die immer bereit sind auf die Fragen der Besucher zu antworten und sich mit den Gästen fotografieren zu lassen. Das ist auch eine gute Gelegenheit für die Bürger, über eigene Probleme mit den Politikern zu sprechen oder ihnen Petitionen zu übergeben. Die Mehrheit der Gäste interessiert sich für die inneren Angelegenheiten von Österreich, vor allem für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder für das Problem der Einführung von Studiengebühren. Manche besprechen auch eigene Probleme mit den Rente oder der Arbeit.

<sup>15</sup> *Der Dialog mit der Öffentlichkeit in Zahlen....*, Jahresbericht 2009, S. 61.

<sup>16</sup> Es steht fest, die manche Zeremonien auf denen die Repräsentanten des Parlaments teilnehmen, der Austausch von den offiziellen Andenken verlangt wird. Manchmal sind das Geschenke, die einen besonders hohen Wert haben. Zusätzlich, wenn diese Geschenke im Parlament verbleiben werden müssen, kommt es zur Frage, ob diese Geschenke zusammen in einem Saal gesammelt werden sollen,

betonen, dass die Abgeordneten in der Ausübung ihres Mandates an keinen Auftrag gebunden sind (*freies Mandat*)<sup>17</sup>. Deswegen kann die Übergabe von Geschenken als Zeugnis der Sympathie und der Anerkennung für Aktivitäten der Politiker verstanden werden, die sich während ihrer Amtszeit wie ganz unabhängige Personen benehmen.

Die Abgeordneten haben Freiheit der Abstimmung, das bedeutet, dass sie nicht vor dem Volk verantwortlich sind. Auch die behördliche Verfolgung von Straftaten verlangt die vorherige Zustimmung des Nationalrates. In Österreich gibt es auch das Prinzip der Inkompatibilität, nach dem die Abgeordneten nicht gleichzeitig dem Europäischen Parlament oder dem Bundesrat angehören dürfen und sie können beispielsweise nur als Richter, Staatsanwälte oder Exekutivbeamte arbeiten, wenn eine mit dem Mandat im Parlament objektive und unbeeinflusste Amtsausführung möglich ist.

Die Politiker sind sehr offen gegenüber Menschen, da sie wieder gewählt werden wollen. „Bürger liefern Stimmen, Politiker liefern Ergebnisse, also werden Wähler als Kunden betrachtet“<sup>18</sup>. Die Konzeption der Politik sagt „die Politiker sind sich bewusst, dass sie im Namen anderer Menschen, politische Urteile treffen. Sie müssen immer zwischen persönlichen und kollektiven, kurzfristigen und langfristigen Interessen, zwischen Vernunft und Impuls, und oftmals zwischen Interesse und Prinzip entscheiden“<sup>19</sup>.

## Die Parteien in Österreich und ihre Programme (mit Berücksichtigung der Migranten)

In Österreich gibt es heutzutage über 700 hundert registrierte Parteien. Die Bildung der Parteien ist frei, nur wird verlangt, dass sie durch öffent-

---

oder die mit einem niedrigen Wert im Internet verkaufen werden sollen (wie das z.B. das Parlament in Deutschland macht, um das Budget zu verstärken).

<sup>17</sup> Freies Mandat bedeutet, dass Mitglieder frei abstimmen können. Es gibt keine Pflicht zur Blockabstimmung in Fraktionen oder Länderblöcken. Im Unterschied zu deutschem Bundesrat sind die österreichischen Politiker nicht an die Weisungen des jeweiligen Landtages oder jeweiliger Landesregierung gebunden.

<sup>18</sup> <http://www.bertelsmann-stiftung.de>, [20.08.2012].

<sup>19</sup> J. Purdy, *Jeder ein König*, „Die Zeit“ vom 21.10.2004, S. 14.

liche oder Steuermittel unterstützt werden müssen. Dies ist wichtig zur Klarheit der finanziellen Unterstützung von Parteien und zur Verhinderung, dass die Parteien von ihren Geldgeber abhängig sein könnten.

Parteibezeichnung	Kurzbezeichnung	Stimmen	Prozente	Mandate
Sozialdemokratische Partei Österreichs	SPÖ	1.430.206	29,26%	57
Österreichische Volkspartei	ÖVP	1.269.656	25,98%	51
Die Grünen – Die Grüne Alternative	GRÜNE	509.936	10,43%	20
Freiheitliche Partei Österreichs	FPÖ	857.029	17,54%	34
BZÖ – Liste Jörg Haider	BZÖ	522.933	10,70%	21

Wahlberechtigte	6.333.109
Wahlbeteiligung	78,81%
abgegebene Stimmen	4.990.952
Ungültige Stimmen	103.643
gültige Stimmen	4.887.309

*Wahlergebnis der Nationalratswahlen vom 28. September 2008*

Die größte und die älteste Partei in Österreich ist die SPÖ. Nach Art. 2 ihrer Statuten folgt die SPÖ bei ihren Aktivitäten den folgenden Grundwerten, wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität<sup>20</sup>. Als ihre Prioritäten nennt die SPÖ die Überwindung der Klassengegensätze, die steigende Lebensqualität, soziale Sicherheit, eine leistungsfähige Volkswirtschaft, was zur aktiven Wirtschaftspolitik dieser Partei führt. Die SPÖ schreibt in Punkt III ihrer Statuten, dass man diese Ziele nur durch Vollbeschäftigung realisieren kann. Unter dem Begriff Arbeit ist nach der SPÖ die Solidarität zwischen Familie und Gesellschaft zu verstehen und das die Arbeit gerecht und solidarisch zwischen Männern und Frauen verteilt ist. Die Arbeit ist nach der Meinung der Politiker der SPÖ notwendig, um eine zukunftsorientierte Wirtschaft zu kreieren. Deswegen versucht die SPÖ mit verschiedenen Maßnahmen die Arbeit der österreichischen Bürger zu fördern. Dies geschieht in Form eines

<sup>20</sup> <http://www.spoe.at>, [20.08.2012].

einkommensabhängigen Kindergeldes, das die B aby-Pause bei Frauen verkürzen könnte oder die U nterstützung der Gewerkschaften bei ihren Initiativen, wie die F örderung von staatlichen I nstitutionen oder durch steuerliche Maßnahmen. Die Vollbeschäftigung ist für die SPÖ eine Priorität, da sie die S icherung der entsprechenden Nachfrage für die Preisstabilität und deswegen die Stabilität im Leben in Österreich ermöglicht (II2)<sup>21</sup>.

Ähnlich der SPÖ ist die Grüne Partei. Diese Partei basiert auf so genannten „Grünenwerten“, wie ökologisch, solidarisch, selbstbestimmt, basisdemokratisch, gewaltfrei und feministisch. D ie Hauptidee dieser Partei ist der Schutz der Umwelt von Verschmutzungen und Bedrohungen. Für dieses Ziel postulieren die Grünen das Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und der Natur, wie auch die Orientierung nicht nur nach dem wirtschaftlichen Fortschritt, sondern nach den Überlebenschancen der armen Gesellschaften und der zukünftigen Generationen. Die Grünen verteidigen die Auffassung, dass bei der Ausnutzung der Umwelt kein Egoismus bestehen kann, (darunter ist auch ein radikales Verbot der unvernünftige Anwendung der natürlichen Ressourcen zu verstehen). Nach Meinung der Grünen ist „*die Marktwirtschaft ökologisch blind und sozial taub*“<sup>22</sup>. Deswegen steht in ihrem Programm eine harte Kritik zu dem Model der „Konsumgesellschaft“, die mit Massenproduktion und Massenkonsum verbunden ist.

In weiteren Ideologien, basieren die Grünen auf utopischen Visionen der Gerechtigkeit und Solidarität, Freiheit und Respekt von unterschiedlichen Lebensmodellen der gesellschaftlichen Traditionen. Die Grünen erfassen die Welt als Einheit der globalen Interessen mit *offener Gesellschaft* und *positiver Globalisierung*<sup>23</sup>. Diese Konzeption besagt, dass man die Kulturen verschiedener Staaten vereinbaren soll, da für die globalen Schwächen, wie Armut, Umwelt, Arbeitslosigkeit ihr Zusammenleben erforderlich ist. Die Grünen sind heutzutage die besten Repräsen-

---

21 Punkt des Statutes.

22 Programm der Grünen, S. 21.

23 Die positive Globalisierung bedeutet, dass die Länder zusammen eine Weltweitpolitik kreieren sollen, wie auch Umweltorganisationen und Gewerkschaften bilden und gemeinsam eine Menschenrechtsinitiative gründen. Die positive Globalisierung beinhaltet auch einen Vorschlag zur Bildung von internationalen und zwischenstaatlichen Parteien, die einen weltweiten, demokratischen, ökologischen und sozialen Standard haben werden.

tanten von Minderheiten in Österreich. Sie empfinden andere Kulturen als „*experimentale Entwicklung neuer Praktiken*“. In der Migration sehen sie die Chance auf eine neue Vereinbarung zwischen alten Volksgruppen und „neuen“ Minderheiten. Sie betonen deutlich, dass auf Grund der menschenrechtlichen und humanitären Grundsätze, Menschen und ihre Familienangehörigen ohne Hindernisse (wie Übergangsfristen und Quoten) nach Österreich kommen können. Die Grünen kämpfen gegen Sonderregelungen, sog. „Ausländergesetze“ (wie Ausländerbeschäftigung<sup>24</sup> oder Fremdenrecht<sup>25</sup>). Diese Regelungen unterdrücken Ausländer oftmals sehr stark, wie beispielsweise bei sozialen Rechten. Bei ihnen gibt es das Erfordernis der Österreichischen Staatsbürgerschaft, obwohl in Österreich lebende Ausländer ihre Pflichten zu Steuer- und Sozialabgaben gleich mit den Österreichern/innen ausüben<sup>26</sup>. Die Grünen sind überzeugt, dass die Migranten im täglichen Leben in Österreich, ohne rechtliche, soziale und gesellschaftliche Diskriminierungen effektiv teilnehmen sollen und nicht als „Bürger der zweiten Kategorie oder „Gastarbeiter/innen“ behandelt werden sollen. Es ist interessant, dass diese Partei in ihrer Konzeption der „Gleichbehandlung“ sehr weit geht, da sie nicht nur die Bekämpfung der Ungleichheiten und der Marginalisierung von Ausländern postuliert, sondern ihren ganz modernen Schutz im Form von „*Humanen »Gesellschaftlichen Bedingungen*«. Sie veröffentlicht die Idee „der modernen, pro-europäischen, multikulturellen Staaten Europas“, in denen die Minderheiten ganz emanzipiert sind und ihr „DASEIN“, ihre Identität, ihre Individualität und das eigene ICH im einem neuen Land haben. Deswegen verteidigt sie die Konzeption der positiven Ausgrenzung der Kulturen, die die Entwicklung neuer Kulturen im Rahmen der Älteren erlaubt. In der Praxis ist diese Vision mit weitgehenden Vorschlägen verbunden, wie die Einführung zweisprachiger Schulen in Österreich, in denen die Minderheiten unbegrenzt ihre Traditionen und Sprachen pflegen könnten. Die Verwendung der Mut-

24 Ausländerbeschäftigungsgesetz – ist ein Gesetz, das den österreichischen Staatsbürgern grundsätzlich einen Vorrang am Arbeitsmarkt gibt. Die ausländischen Arbeiter erhalten nun erst nach 8 Jahren der Vollbeschäftigung den so genannten „Befreiungsschein“, der ihnen einen unbeschränkten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt garantiert. Weitere Voraussetzungen man kann auf Seite [http://www.bic.at/downloads/at/themen/migration\\_und\\_arbeitswelt.pdf](http://www.bic.at/downloads/at/themen/migration_und_arbeitswelt.pdf), [20.08.2012].

25 Fremdenengesetz postuliert eine stärkere Kontrolle bei den Asylantträgen.

26 Programm der Partei.

tersprache bei Ämtern und Behörden, mehrsprachige Formulare, bis zur Anerkennung der Minderheiten als selbständiger und integrierter Teil der österreichischen Gesellschaft. Die Grünen unterstützen auch stark die EU und EU-Erweiterung mit neuen Ländern. Sie begreifen die EU als soziale, ökologische und demokratische Staatengemeinschaft und historische Notwendigkeit. Sie fordern die „über Jahrzehnte aufgebauten Grenzen in den Köpfen, wie auch auf der Landkarte abzubauen“. Besonders wichtig ist diese Partei für Polen, da sie „die besondere Verantwortung der EU gegenüber den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, sowie gegenüber den Staaten Südosteuropas“ fordert. Diese Verantwortung bedeutet, dass die EU sich bemühen soll das Vertrauen zwischen west und osteuropäischen Ländern aufzubauen<sup>27</sup>.

Die österreichische Volkspartei, ÖVP, wurde am 17.04.1945 in Wien gegründet. Sie ist heutzutage die zweitgrößte Partei im Österreichischen Parlament. Die Hauptidee der ÖVP ist die Förderung der christlichen Traditionen, der christlichen Sozialrechte, des Konservatismus und des Liberalismus<sup>28</sup>. Die ÖVP, als auf christliche und humanistischen Traditionen basierende Partei, wird durch verschiedene Berufsgruppen unterstützt, besonders durch Bauern, Gewerbetreibende, Beamte, Angestellte, sowie der katholischen Kirche nahestehende Personen<sup>29</sup>. Obwohl die ÖVP eine christliche Partei ist, hält sie im Unterschied zur SPÖ am Prinzip fest, dass jeder Mensch für sein Handeln persönliche Verantwortung trägt. Das bedeutet jedoch kein Recht auf „Egoismus“, da jeder Mensch sich auch für seine eigene Familie, seine Heimat und die staatliche Gemeinschaft verantwortlich fühlen muss. Anhand dieser Konzeption fühlt sich die ÖVP verantwortlich für eine erfolgreiche Zukunft der österreichischen Bürger. Als größte Bedrohung für die Stabilität Österreichs empfindet die ÖVP eine explosionsartig wachsende Wanderbewegung in der Welt, die durch viele wirtschaftliche und gesellschaftliche Missstände in den Ursprungsländern verursacht ist. Gleichzeitig muss die Wanderung zu unlösbar en gesellschaftlichen und wirtschaftlichen

---

<sup>27</sup> Besonders durch Unterstützung der Armutsregionen.

<sup>28</sup> Es gibt fünf Grundsätze, durch die die ÖVP charakterisieren kann: sie ist eine christdemokratische Partei, Partei des liberalen Rechtsstaates und der offenen Gesellschaft, der ökosozialen Marktwirtschaft, eine Ostpartei in Europa und eine Volkspartei (<http://www.oevp.at/download/000298.pdf>, [20.08.2012]).

<sup>29</sup> Austria-Forum, Das österreichische Wissensnetz, <http://www.austria-lexikon.at/af/Austria-Forum>, [20.08.2012].

Konflikten in den anderen europäischen Ländern führen. Deswegen fordert die ÖVP in Punkt 6.6 ihres Programms *Neue Gesellschaftsverträge* und die Begrenzung des Einflusses der Ausländer in ihrem Land. Diese Partei betont, dass ein Recht auf Aufenthalt in Österreich freilich nicht jeder Ausländer erhalten kann. Deswegen ist die Hauptaufgabe der Politik der ÖVP sicherzustellen, dass die Anzahl der Ausländer auf dem österreichischen Arbeitsmarkt, im Schulsystem und auf dem regionalen Wohnungsmarkt nicht zu Lasten der österreichischen Bürger geht<sup>30</sup>. Die ÖVP kann sich jedoch nicht als die nationalistische Partei begreifen, da die ÖVP deutlich gegen Rassismus und Intoleranz ist. Das Programm der ÖVP garantiert, dass jeder Mensch, der sich in Österreich befindet, das Recht auf gerechte und menschenwürdige Behandlung hat<sup>31</sup>. Zusätzlich sind die Vertreter dieser Partei der Meinung, dass die Migranten, die sich in Österreich integriert und deutsch gelernt haben, ihre Pflichten gut erfüllen, das gleiche Wertesystem haben und sich österreichisch fühlen, ohne dabei ihr Land zu vergessen, das Recht haben in Österreich zu bleiben. Jedoch betont man in den Diskussionen immer, dass wenn sich Ausländer und österreichische Bürger mit gleicher Berufsqualifikation gleichzeitig um eine Arbeitsstelle bewerben, die österreichischen Bürger immer Vorrang vor den Ausländern haben.

Die Beschränkung des Zugangs für Ausländer zum österreichischen Markt, bedeutet für die ÖVP nicht die Trennung des Österreichs von den Problemen Europas und der Welt. Die ÖVP ist sich bewusst, dass Österreich im Vergleich zur überwiegenden Mehrheit der Staaten ein reiches Land ist, aus diesem Grund ist Österreich für die globalen Probleme, wie Hunger, Krankheiten, Epidemien verantwortlich<sup>32</sup>. Die ÖVP ist für die Begrenzung des Einflusses der Ausländer in Österreich. Sie postuliert aber die Hilfe für die ärmsten Länder, wie auch die vertiefte Arbeit mit der EU.

---

30 Die Ausländer gelten nicht als „echte“ Österreicher und deswegen wurde ihnen die Teilnahme an Bildungsprogrammen verwehrt. In Wirklichkeit muss man aber eine solche Einschränkung als rassistisch ansehen, da sie gegen die Gleichheit der Chancen zwischen Österreichern und den in Österreich lebenden Ausländern verstößt; <http://www.marmara.co.at>, [20.08.2012].

31 Punkt 6.6 neue Gesellschaftsverträge.

32 Außerdem kämpft die ÖVP als eine christliche Partei für die Rechte der ungeborenen Kinder (7.1. Leben und Umwelt). Die ÖVP lehnt die Schwangerschaftsabbrüche ab. Sie ist gegen genetische Untersuchungen (7.2) und unterstützt ein Programm zur Bekämpfung des Drogenmissbrauchs.

In Österreich hat jedoch die radikale Freiheitliche Österreichische Partei eine ganz gute Position. Sie gehört zu den rechtspopulistischen Parteien und gewinnt durch fremdenfeindliche Wahlkampagnen ihre Wähler. Der Rechtspopulismus dieser Partei basiert auf einem radikalen Einwanderungsverbot für Ausländer. Die Einwanderung stellt eine Bedrohung der Einheit Österreichs dar<sup>33</sup>. Das vorgeschlagene Verbot betrifft aber nicht die Deutschen, die dem gleichen Kulturkreis angehören und als verbrüdete Nation in Österreich freundlich empfangen werden.

Die Popularität<sup>34</sup> dieser Partei kommt daher, dass sich viele Menschen in Österreich mehr international als national bedroht fühlen<sup>35</sup>. Deswegen können sich emotionale und feindliche Parolen wie „Stopp der Überfremdung“, „Wien kann keines zünftigen Istanbul sein“, „heim nach Moskau“, sehr schnell auf die Gefühle der Wähler auswirken<sup>36</sup>. Die FPÖ basiert auf einem Programm gegen „Überfremdung“, da der Einfluss der Ausländer in Österreich eindeutig als negative und katastrophale Erscheinung angesehen wird. Die FPÖ betont den Unterschied zwischen WIR – Bürger von Österreich, und Ihr – Bürger vom Rest der Welt („*Unsere Ehre ist die Treue zur Heimat*“). Der offene Nationalismus dieser Partei ist mit „richtigem Patriotismus“ falsch verbunden. Die FPÖ postuliert die Beibehaltung der territorialen Einheit von Österreich, damit sich das österreichische Volkstum frei in Europa entfallen kann<sup>37</sup>. Aus diesem Grund stellt diese Partei die Migranten nur in Verbindung mit Vorurteilen dar: Türken und andere Muslime sind als Terroristen zu begreifen, die Migranten aus Ost und Südosteuropäischen Ländern sind anpassungsunfähig gegenüber der österreichischen Kultur und Traditionen<sup>38</sup>. Die FPÖ betont immer, dass die Aufnahme von Ausländern zum Entstehen von vielen parallelen Gesellschaften und Minderheiten führt,

33 A. Pelinka, *Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung-zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs*, Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft, 2002, 31, 3, S. 281.

34 Erfolg: am 3. Oktober 1999 hat sie 26,9 Prozent der Stimmen bekommen und war die zweite größte Partei nach der SPÖ in Österreich.

35 A. Pelinka, *op. cit.*, S. 285.

36 J. Heider, *Neugründungs-Spektakel in Orange*, <http://www.news.at>, [20.08.2012].

37 Ch. Imlinger, *Feuerredner und Königstiger*, <http://www.salzburg.com>, [20.08.2012].

38 Auf die Seite <http://www.sosheimat.wordpress.com> kann man lesen, dass es in Wien, ähnlich wie in den deutschen Städten, es viele Schulklassen mit 80–100 Prozent Ausländeranteil gibt, in denen ein Unterricht in deutscher Sprache kaum möglich ist.

was als Folge die Zerstörung der österreichischen Kultur, Kriminalität und Terrorismus hat<sup>39</sup>. Diese Partei gewinnt ihre Wähler durch radikale Aktionen, besonders durch Plakatierung der Straßen mit offensichtlich fremdenfeindlichen Plakaten, was in anderen Staaten deutlich als Akt des offenen Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus zu verstehen ist<sup>40</sup>. Besonders gefährlich ist, dass die FPÖ manchmal in nicht so radikalen Aussagen, wie die Forderung nach österreichischer Kultur, ganz extremistische Visionen und Ideen versteckt. Das sind dann Aussagen wie „*In der Heimat keine fremde Heimat*“<sup>41</sup> oder „*jede blonde Frau mit den blauen Augen in Österreich soll zumindest 3 Kinder haben*“<sup>42</sup>. Die FPÖ ist nicht nur gegen die Migration aus sozialschwachen Ländern und Regionen sondern auch gegen Migration auf Grund des Asylrechts und Kriegen. Die Wahlmotive der FPÖ sind deswegen primär rassistisch, nationalistisch und autoritativ. Diese Partei gewinnt ihre Wähler in ganz spezifischer Weise. Zur FPÖ gehören viele junge Menschen, die vor den Wahlen Discos besuchen und dort suchen Mitglieder, andere junge Mitglieder. Diese spezifische Rekrutierung und Promotionsmethode, erlaubte der FPÖ sich von einer kleiner bürgerlichen Partei zu einer ganz starken Repräsentation der Österreichischen Bürger im Parlament zu entwickeln. Heutzutage ist die FPÖ deutlich gegen die österreichischen Eliten. Sie will sich nicht nur von den Ausländern, sondern auch von den erfolgreichen, ausgebildeten Menschen in Österreich abgrenzen. Eigentlich ist die FPÖ heutzutage eine starke „proletarische“ Partei, die auf Ängsten und Vorurteilen, der nicht ausgebildeten, armen Menschen basiert. Sie findet eine große Anerkennung in der Gruppe von jüngeren Menschen, Menschen ohne höhere Bildung, Menschen ohne Bindungen an Gewerkschaften, die ganz pessimistisch ihre Zukunft sehen und denen, die die Ursache der eigenen Niederlagen nicht in der schlechten Ausbildung („Selbstschuld“) sondern in der Zuwanderung der Migranten sehen.

Zusätzlich kann die FPÖ, im Unterschied zur ÖVP, als antieuropäische, antiinternationale Partei behaupten, dass sie in ihren Konzeptionen und Ideologien auf dem negativen Verständnis und der Darstellung von

39 *Migration in Österreich – Eine Bestandaufnahme*, <http://www.soshemat.wordpress.com>, [20.08.2012].

40 <http://www.austria.com/strache-skandal-wahlplakate-verunglimpft/news-20100817-02542138>, [20.08.2012].

41 <http://www.profil.at/articles/1023/560/270314/freundschaft-fpoe>, [20.08.2012].

42 <http://www.diepresse.com>, [20.08.2012].

„Fremde“ und „Fremdes“ basiert. Sie ist die einzige Partei im EU-Parlament, die zu keiner Fraktion gehört. Es gibt im EU-Parlament viele nationalistische Parteien, die Zusammen „eine Familie“ der EU-Skeptiker“ bilden (wie die UK Independence Party, irische „Fianna Fail“, dänische Volkspartei)<sup>43</sup>. Die Politiker der FPÖ gehen in ihrem Nationalismus sogar so weit, dass sie mit anderen ausländischen Parteien nicht auf der EU-Ebene zusammen auftreten möchten. Sie veröffentlichen dabei die radikale Idee, dass Österreich aus der EU austreten soll.

Die zweite nationale Partei in Österreich ist BZÖ Liste mit Jörg Haider. Diese Partei verkündet in ihrem Programm die Konzeption von Österreich, als ein Land mit vielseitiger Kultur, besonderer Tradition, solidarischer und leistungsfähiger Gesellschaft, den selbstbestimmten Bürgern und Bürgerinnen<sup>44</sup>. Die Konzeption der Trennung von Österreich und den Ausländern erklärt sie als die Notwendigkeit der Beibehaltung der „besonderen und spezifischen“ Identität von Österreich in Europa und auf der Welt. Die BZÖ begreift Europa nicht als gemeinsamen Raum, sondern mehr als Verbund von unabhängigen, eigenständigen und selbstbewussten Staaten. Eigentlich ist aber die Sorge um die „Reinheit der Österreichischen Kultur“ mit vielen nationalistischen Bestrebungen verbunden, die durch zart und nett klingelte Parolen wie „*der Kampf für die Zukunft des Österreich*“ ausgedrückt werden. Diese Partei sucht ihren eigenen Weg im Parlament, um sich von der FPÖ zu unterscheiden. Deswegen sind die Konzeptionen der BZÖ oftmals „aufgesucht“, um die „Individualität“ dieser Partei in der Politik zu betonen. Die Politiker der BZÖ sind berühmt für verschiedene Ideen die gegen Ausländer gerichtet sind. Diese sind unter anderem, dass in den nächsten Jahren 300.000 Ausländer aus Österreich abgeschoben werden sollen oder das nur 30 Prozent der höchst begabten Kinder von Ausländern den Zugang zur österreichischen Ausbildung bekommen darf, oder dass Österreich ähnlich wie die USA eine „Green-Card-Politik“ verfolgen soll<sup>45</sup>. Das Hauptziel der Politik der BZÖ ist, Österreich als kein Einwanderungsland nach

43 A. Pelinka, *op. cit.*

44 Das Programm der BZÖ, S. 17.

45 Sie sind der Meinung, dass Österreich ähnlich wie USA, Kanada, Australien der Aufenthalt der Ausländer unter bestimmten Voraussetzungen ermöglichen soll. Sie weisen darauf hin, dass ohne solchen Voraussetzungen jeder nach Österreich kommen kann, besonders die Menschen aus Afrika oder Anatolien, die es in eigenen Staaten nicht geschafft haben (vor allem keine Ausbildung und kein Eigentum

Außen darzustellen. Deswegen betont sie in den Diskussionen, dass nur die Asyl-Migranten oder die Flüchtlinge aus Kriegsregionen in Österreich bleiben dürfen. Österreich soll aber nicht als ein Rettungsland für arme Menschen aus anderen Mitgliedstaaten der EU gelten und deswegen soll man die wirtschaftliche Zuwanderung nach Österreich gesetzlich verbieten. In ihrer Konzeption „der Reinheit und wirtschaftlichen Sicherheit von Österreich“ fordert sie die Wiedereinführung der Grenzkontrollen<sup>46</sup>. Die Methode zum Erfolg beruht auf der Teilung von „Unsere“ und „Fremde“. Diese Partei verlangt außerdem, dass alle Institutionen in Österreich als „Österreichische“ in ihren Namen genannt werden, wie z.B. Österreichische Nationalbank. Die Konzeption „Unsere“ ist eine Idee der solidarischen österreichischen Gesellschaft.

Die BZÖ will als die moderne, zukünftige, neue Macht und „frische“ Alternative für die jungen Menschen in Österreich gelten. Deswegen vermeidet die BZÖ eine formelle Benennung als „die Partei“, da dieser Begriff sehr stark mit Bürokratie verknüpft ist. Sie stellt auch in den Debatten die ÖVP und SPÖ als die älteren Parteien mit altmodischen Auffassungen dar, und sich selbst als energische Versammlung der kreativen Menschen. In Wirklichkeit ist diese Partei aber stark nationalistisch. Die Konzeptionen, die von ihren Vertretern im Parlament präsentiert werden, rufen zur Diskriminierung der Ausländer auf und stehen offen gegen das EU Recht.

Es ist zu betonen, dass im Unterschied zur FPÖ, diese Partei in dem Kapitel I ihres Programms „Europa, Außenpolitik und Landesverteidigung“ nennt und sich als eine pro-europäische, aber EU-Kritische Partei darstellt<sup>47</sup>. Ein ganz wichtiger Punkt in ihrer europäischen Politik ist die Kritik der Zulassung für die Aufnahme der Türkei zur EU. Die Politiker der BZÖ verbinden eindeutig die Türkei mit der Gefahr der radikalen Gesellschaft, islamischem Terror, Aufbau von Moscheen und Minaret-

---

besitzen). Österreich soll sich nicht solchen Menschen annehmen, da das zu vielen unlösbaren Problemen führen könnte.

46 Programm des Bündnis Zukunft Österreich BZÖ.

47 Die Politiker stellen ihre eigenen Konzeptionen der Integration als dreistufig dar. Die erste Stufe: Kerneuropa mit Wirtschafts-, Währungs- und Sicherheitsunion, die zweite Stufe: die Länder, die nur die Teile davon wollen, die dritte Stufe: die Ländern, die nur die Partnerschaft können und wollen. Die BZÖ sieht die Zukunft von Europa mehr als eine Partnerschaft und Zusammenarbeit, als eine vollkommene Integration zwischen den Nationen.

ten und mit der Zerstörung der EU-Kultur, dadurch das sich der Islam immer tiefer auf die Wertvorstellungen der europäischen Menschen auswirkt (sog. EUROABIA)<sup>48</sup>.

## Das Leben in Österreich

Die Programme der österreichischen Parteien scheinen für Ausländer sehr feindlich und gefährlich zu sein. Bevor ich selbst als eine Praktikantin nach Wien gefahren bin, hatte ich mir ein bisschen Gedanken gemacht, welche Einstellung werden die Österreicher zu mir, eine polnische Praktikantin im Parlament, haben. Ich muss deutlich sagen: Keine von meinen negativen Vorstellungen hat sich erfüllt. Das Praktikum im Parlament war ein wunderbares Erlebnis und eine unvergessliche Erfahrung. Nicht nur im Parlament habe ich viele kulturvolle und nette Menschen kennengelernt, sondern auch an anderen Plätzen in Wien. Ich denke, dass es für viele Bürger von Österreich wichtig ist, ihr Land als freundliches, demokratisches und freies Land nach außen darzustellen. Selbst die Politiker bleiben sensibel für die Probleme der Minderheiten und wünschen sich nicht, dass sich in ihrem Land Rassismus, Antisemitismus, Intoleranz und Verharmlosung der Minderheiten entwickeln<sup>49</sup>. Das Parlament in Österreich unterhält deswegen aktive und freundliche Kontakte zu den Botschaften aller Länder. Manchmal organisiert man in Wien Konferenzen oder Veranstaltungen auf die alle Mitarbeiter der Botschaften eingeladen sind<sup>50</sup>. Das österreichische Parlament arbeitet sehr aktiv mit dem EU-Parlament zusammen und die österreichischen Politiker sind oftmals zu Sitzungen des Parlaments nach Brüssel oder Straßburg eingeladen<sup>51</sup>.

48 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-68073988.html>, [20.08.2012].

49 *Gedanken sind mehr als Erinnerung*, Jahresbericht 2009, Republik Österreich, Nationalrat, S. 35.

50 Wichtig sind auch die Besuche bei den Botschaften und die Informationen bezüglich der freundlichen Kontakte in der Presse. Diese Tätigkeiten erlauben der österreichischen Regierung ein positives Bild des Landes in den Augen vieler in Österreich lebenden Migranten und sogar auch die anderen Staaten darzustellen.

51 Für Österreichische Politiker gilt auch als das Prinzip eine engere Zusammenarbeit mit dem EU-Parlament zu knüpfen. Daraus folgt, dass Nationalrat und Bundesrat durch die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung unverzüglich über Vorhaben im Rahmen der EU informiert werden müssen. Das erlaubt den beiden Kammern über die EU-Themen zu diskutieren und eine Verhandlungsposition

Das Thema der „Ausländer“ ist jedoch weiter mit vielen Emotionen verbunden. Diese Emotionen sind auf einer Seite rechtfertigt. Die Statistiken zeigen einen großen Zuwachs der Migration in Österreich in den letzten Jahren, besonders nach der Osterweiterung. Schon zum Jahresbeginn 2006 lebten in Österreich 814.065 ausländische Staatsangehörige gegenüber 7.451.861 österreichischen Staatsbürgern. Nur in 5 Jahren von 2001 bis 2006 ist die A usländerzahl um 109.000 Personen gestiegen<sup>52</sup>. Wenn wir das Jahr 1991 mit 2010 vergleichen, dann ist der Anteil der Fremden schon um mehr als 41 Prozent gestiegen<sup>53</sup>. Selbst in Wien erreicht der Ausländerzahl knapp 20 Prozent, da schon 283.470 Personen aus dem Ausland in der Hauptstadt leben<sup>54</sup>. Es gibt auch viele Regionen und Dörfer, in denen der Ausländerzahl 20 Prozent übersteigt. Das verursacht viele Fragen, bezüglich der Identität der Österreicher als ein Volk. Die wachsende Migration führt zu vielen pessimistischen Gedanken, dass in Österreich autochthone Minderheiten entstehen werden. Diese Angst betrifft besonders tür kische Minderheiten (es gibt schon

---

Österreichs in Form einer gemeinsamen Stellungnahme zu geben. Interessant ist, dass ein im Rat der EU sitzendes Mitglied der österreichischen Bundesregierung an eine solche Stellungnahme gebunden ist und nur nach der Rücksprache mit dem Parlament, beziehungsweise unter eingeschränkten Voraussetzungen von einer solchen Stellungenannahme abweichen darf. Es gibt auch 17 Abgeordnete im EU-Parlament, die in den Klubs im österreichischen Parlament integriert sind und die immer befugt sind, an den Verhandlungen des Hauptausschusses und Unterausschusses in den EU- Angelegenheiten mit beratender Stimme teilnehmen. Außerdem sind die Mitglieder des Parlaments oft zu Parlamentskonferenzen auf EU-Ebene eingeladen, was ihnen erlaubt sich nach den wichtigsten europäischen Problemen zu erkundigen. In der Praxis sieht es so aus, dass die Politiker, die in Brüssel oder in Straßburg auf einer Konferenz waren, sich die Informationen in speziellen Ausschüssen mit dem Rest der Politiker der eigenen Partei teilen. Der schnelle Informationsfluss erlaubt den österreichischen Politikern sich nach dem aktuellen Stand von den Verhandlungen zu erkundigen, und dabei auch Vorschläge zu den europäischen Initiativen anmelden. Als Beispiel kann man den Vorschlag der „Grünen“ bezüglich des Kyoto Protokolls nennen, gemäß dem, die Ländern gemeinsam ihre CO2 Emissionen bis 2020, statt um 20–30 Prozent um 40 Prozent reduzieren sollen. Dieser Vorschlag wurde aber von den anderen Parteien abgelehnt

52 Demographisches Jahresbruch 2005, Statistik Austria 2005, <http://www.politikberatung.or.at>, [20.08.2012].

53 <http://www.migration-info.de>, [20.08.2012].

54 Das Telefonbuch von Wien ist voll mit Namen wie Swoboda oder Konecny (<http://www.sj-wien.at>, [20.08.2012]).

519.000 Muslime in Österreich), die gewöhnt sind zusammen zu leben. Die österreichische Presse schreibt immer, dass in manchen Bereichen von Wien die Verkehrssprache schon „türkisch“ ist. Das Problem betrifft auch die türkischen Kinder, die nicht wie andere Kinder von Ausländern die deutsche Sprache schnell beherrschen können. Als Beispiel kann man Berlin, Regionen in Köln und Wien nennen, in denen Schulklassen mit 80–100 Prozent ausländischen Kinder sind, wo ein Unterricht in der deutschen Sprache fast nicht möglich ist<sup>55</sup>. Dies betont man deswegen, da die Kinder der Ausländer die nationalen Kinder bei der eigenen „Entwicklung“ behindern und dabei das allgemeine Niveau der Bildung in Österreich verschlechtern<sup>56</sup>. Die Österreicher empfinden außerdem Angst vor der „Islamisierung ihrer Kultur“, da der Islam nicht nur als eine Religion zu begreifen ist, sondern auch als eine politische und gesellschaftliche Ordnung mit umfassenden Regeln des täglichen Lebens<sup>57</sup>. Dabei stellen die Muslime eigene „Sonderwünsche“ bezüglich der Bekleidung oder Klassenfahrten, was die österreichischen Schulen dazu zwingt einen doppelten Standard anzuwenden<sup>58</sup>. Auch ist eine große Gefahr mit dem Anspruch auf den Bau von Moscheen in Österreich verbunden, da die Absage an die immer stärker werdende türkische Minderheit als ein Akt gegen ihre Religionsfreiheit und als Zeugnis des Rassismus gesehen werden kann<sup>59</sup>. Dagegen sind viele Österreicher der Überzeugung, dass ein Teil ihrer Identität die katholische Religion ist und außer dem sehen gläubige Bürger Österreichs den Schutz der katholischen Kirche vor anderen Glaubensrichtungen als ihre Pflicht an und damit auch den Schutz vor der Verbreitung der Islam (Exodus 20,3). Österreicher fühlen sich in dieser Situation durch die andere Kultur bedroht und angesichts einer Menge Probleme und potenziellen Konflikten mit den Migranten

---

55 *Migration in Österreich – Eine Bestandaufnahme*, <http://www.sosheimat.wordpress.com>, [20.08.2012].

56 In Österreich diskutiert man über das Absinken der Kultur und des Bildungsniveaus.

57 <http://www.pi-news.net>, [20.08.2012]. Islam ist nicht nur der Glaube, sondern Ethik, soziale Ordnung und die Lebensweise.

58 Diese Wünsche betreffen die Trennung der Klassen in Jungen und Mädchen. Bei diesen Mädchenklassen wird nicht ein männlicher Lehrer erlaubt. Dies kommt daher, dass die muslimischen Frauen keinen Kontakt zu anderen Männern, als denen aus eigenen Familien, haben dürfen.

59 <http://www.sosheimat.wordpress.com>, [20.08.2012].

fragen sie sich selbst rhetorisch, ob sie „das Mosaik der Kulturen“ wirklich als „eine kulturelle“ Bereicherung empfinden sollen?<sup>60</sup> Sie sind der Meinung, dass die Ausländer einen Druck zur Anpassung in Österreich fühlen, aber die österreichischen Bürger sich nicht neue Kulturen „angewöhnen“ müssen. Diese Situation führt dazu, dass Österreicher den Ausländern nur den Status „eines Gastes“ verleihen wollen und nicht die Einwanderer mit österreichischen Bürgern rechtlich gleich stellen.

Ein weiteres Problem in Österreich ist mit der Geburtenrate verbunden, die umgekehrt zu den muslimischen Minderheiten deutlich geringer ist. Man schätzt, dass im Jahr 2050 in Deutschland und in Österreich eine dominierende muslimische Minderheit entstehen wird (14 bis zu 16%)<sup>61</sup>, die in den nächsten 20–30 Jahren zu einer islamischen Mehrheitsbevölkerung mit einer politischen „Stimme“ in beiden Ländern führen könnte<sup>62</sup>. Deswegen ist die diskriminierende Politik in Österreich eine Sorge, um die Sicherung der Zukunft der österreichischen Generationen, die von den Ausländern unterdrückt werden könnten. *„Unsere Kinder werden uns dann fragen, warum wir nicht rechtzeitig auf die fortschreitende Islamisierung Europas reagiert haben“*<sup>63</sup>.

Österreich ist eins von den beliebten Migrationsländern. Das ergibt sich aus der geografischen Lage von Österreich, das die längsten Grenzen mit neuen EU Ländern (Ungarn, Slowenien, die Tschechische Republik und Slowakei) hat. Jeder achte in Österreich beschäftigte Ausländer kommt aus diesen Staaten. Die Personen aus neuen EU-Mitgliedstaaten arbeiten meistens am Bau, als die Putzfrauen in Häuser, bei der Pflege in Krankenhäusern oder auf den Feldern. Sie üben die Tätigkeiten aus, die die österreichischen Bürger nicht gern ausüben oder die sich nicht für sie lohnen. Die osteuropäischen Migranten sind ein typisches Beispiel der „Gastarbeiter“, die in Österreich meistens nach dem Muster leben – einmal Migration, einmal Emigration in ihre Länder<sup>64</sup>. Gefährlich ist aber, dass die Migration aus Ost-Europa zum Zweck der Arbeit wächst.

60 Die Österreicher können auch nicht begreifen, dass der Kampf um ihre eigene Kultur und Identität als ein Akt des Rassismus und der Diskriminierung darstellt und wenn sie sich in ihrem eigenen Land für ihr eigenes Handeln vor den Ausländern erklären müssen.

61 <http://www.youngcaritas.at>, [20.08.2012].

62 L. Rand, *Was sie über den Islam wissen müssen*, <http://www.pi-news.net>, [20.08.2012].

63 <http://www.pi-news.net>, [20.08.2012].

64 <http://www.demokratiezentrum.org>, [20.08.2012].

Seit 1996 hat sich die Zahl der Polinnen, Ungarinnen und Inderinnen verdoppelt und die der Tschechinnen und Slowakinnen verdreifacht<sup>65</sup>. Zusätzlich kommt eine immer größere Zahl von gut ausgebildeten Menschen mit guten Deutschkenntnissen, die bereit sind, auch mehr Arbeit für weniger Geld auszuüben. Die Österreicher haben deswegen immer häufiger Angst vor der Masseneinwanderung aus Osteuropa und dem damit verbundenen Lohndumping<sup>66</sup>. Außerdem stellt eine immer größere Zahl von Personen Asylanträge in Österreich (im Jahr 1997 – waren es 6.719 Asylanträge und im Jahr 2002 schon 39.354)<sup>67</sup>. Dabei ist die Migration „nach“ Österreich viel größer als die Migration „aus“ Österreich (im Jahr 2005 sind nach der Einwanderungsstatistik 119.083 Personen gekommen, während 68.828 ins Ausland emigriert sind). Als Folge wurde am 1.1.2010 die Zahl der Ausländer schon mit 870.000 berechnet<sup>68</sup>. Außerdem leben in Österreich tausende illegale Arbeitskräfte, besonders aus dem ehemaligen Jugoslawien. Damit nimmt Österreich den vierten Platz in Europa ein, da nur Luxemburg (35,6%), Lichtenstein (34,3%) und die Schweiz (19,1%) einen höheren Ausländeranteil haben<sup>69</sup>. Die Österreicher sind deswegen der Meinung, dass zu viele Ausländer in Österreich wohnen und dass die Zahl der Migranten sollte man um 45% reduzieren.

---

65 <http://www.profil.at/articles/1023/560/270314/freundschaft-fpoe>, [20.08.2012].

66 <http://www.derstandard.at>, [20.08.2012].

67 <http://www.politikberatung.or.at>, [20.08.2012].

68 <http://www.sosheimat.files.wordpress.com>, [20.08.2012].

69 <http://www.migration-info.de>, [20.08.2012].

